

# Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020

## Welche Priorität haben Nachhaltigkeitsagenda und SDGs?

von Vera Pokorny und Bodo Ellmers

Deutschland übernimmt ab dem 1. Juli 2020 für sechs Monate die Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union (EU). Dies geschieht zu einer Zeit, in der die EU durch die Corona-Pandemie vor die größte Herausforderung in ihrer Geschichte gestellt ist. Neben der Bewältigung der unmittelbaren Krise und dem damit einhergehenden Wirtschaftseinbruch muss dem Klimawandel und seinen Folgen weiter Rechnung getragen werden.

Für das Jahr 2020 haben die Vereinten Nationen den Beginn der SDG-Aktionsdekade 2020–2030 ausgerufen. Die Bundesregierung führt in ihrem Aktionsprogramm für die EU-Ratspräsidentschaft an, die Umsetzung der Agenda 2030 innerhalb der EU und im Rahmen der europäischen Entwicklungszusammenarbeit fördern zu wollen. Aber was bedeutet das auf praktischer Ebene?

Deutschland ist nicht nur das wirtschaftlich bedeutendste Land in der EU, sondern hat auch auf globaler Ebene erheblichen politischen Einfluss. Es bestehen daher hohe Erwartungen an die deutsche Ratspräsidentschaft, zumal

die Bundesregierung die Coronakrise im europäischen Vergleich bislang gut gemeistert hat. Doch die Ratspräsidentschaft muss über eine reine „Corona-Präsidentschaft“ hinausgehen, um die aktuellen Krisen ganzheitlich zu überwinden und Europa „zukunftsfähig“ zu machen. Das beinhaltet langfristig sowohl Maßnahmen im Bereich Klimaschutz, als auch eine Umstrukturierung globaler Lieferketten, inklusive der Minimierung der negativen externen Auswirkungen europäischer Konsumweisen.

Während der Präsidentschaft hat Deutschland die Möglichkeit, gezielte thematische Schwerpunkte zu setzen. Hinsichtlich der gegenwärtigen Krise kann sie die nachhaltige Erholung der Wirtschaft im Einklang mit den Menschenrechten fördern und damit den Weg für eine nachhaltigere Entwicklung ebnen. Das Vorzeigeprojekt der neuen EU-Kommission von Ursula von der Leyen, der europäischen Grüne Deal, kann eine Grundlage für die entsprechenden Maßnahmen darstellen.

### Arbeitsschwerpunkte der deutschen EU-Ratspräsidentschaft

Deutschland hat gemeinsam mit den künftigen Vorsitzenden des Rats, Portugal und Slowenien, im Rahmen der Trio-Ratspräsidentschaft ein Achtzehnmonatsprogramm erstellt.<sup>1</sup> Neben der

Bewältigung der unmittelbaren Krise und des damit einhergehenden Wirtschaftseinbruchs wird der Rat auch seine reguläre Arbeit fortsetzen. Dies beinhaltet unter anderem die Erstellung des Mehrjährigen Finanzrahmens, des EU Budgets für den Zeitraum 2021 bis 2027, und die Verhandlungen über die künftigen Beziehungen zu Großbritannien

<sup>1</sup> <https://www.eu2020.de/blob/2354328/2c2c22db16d6bc2b6336867455b56bbb/pdf-trioprogramme-de-data.pdf>

nach dem Brexit. Zwei wichtige Gipfeltreffen, der EU-Afrika-Gipfel und der EU-China-Gipfel, sollen während der deutschen Präsidentschaft stattfinden. Darüber hinaus sollen Themen wie Klimaschutz, Digitalisierung und Europas Rolle in der Welt behandelt werden. In diesem Zusammenhang vermerkte die Bundeskanzlerin in ihrer Regierungserklärung am 18. Juni 2020:

*„Die Antwort auf die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Pandemie darf eben keine Rückkehr zu herkömmlichem Arbeiten und Wirtschaften sein, sondern muss den Wandel in ein neues Arbeiten und Wirtschaften stärken und beschleunigen.“<sup>2</sup>*

Eine „solide Erholung“, im Einklang mit dem Paris-Abkommen und der Verpflichtung zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2050 werden in dem Achtzehnmonatsprogramm bekräftigt. Immerhin widmet sich ein ganzer Unterpunkt des Programms der „Verwirklichung eines klimaneutralen, grünen, fairen und sozialen Europas“.<sup>3</sup> Der Rat wird sich dahingehend gemeinsam mit der Kommission mit der Umsetzung des europäischen Grünen Deals und der Investitionsoffensive für ein nachhaltiges Europa befassen. Dazu sollen Schlussfolgerungen zum neuen Kreislaufwirtschaftsaktionsplan der Kommission und seiner Umsetzung angenommen werden.

Im Rahmen des Achtzehnmonatsprogramms sollen Initiativen in den Bereichen der Ressourceneffizienz, Kreislaufwirtschaft, und Abfallbewirtschaftung vorgebracht und ein Gesetzesvorschlag für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) vorgelegt werden. Außerdem wird angeführt, dass

*„die Agenda 2030 in der angemessenen Detailliertheit in allen externen und internen EU-Politikbereichen durchgängig berücksichtigt werden [sollte].“<sup>4</sup>*

Die **Agenda 2030** und die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) sollen auch für die deutsche Ratspräsidentschaft wegweisend sein. Eine „ambitionierte“ Politik in den Bereichen Klima, Umwelt, Biodiversitätsschutz soll als Grundlage für die Bewältigung der Pandemie und den Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft dienen. Konkret will die Bundesregierung während der Ratspräsidentschaft etwa das 8. Umweltaktionsprogramm und den Entwurf eines europäischen Klimaschutzgesetz-

zes diskutieren und die Einführung eines Mindestpreises für CO<sub>2</sub> im Europäischen Emissionshandel vorantreiben. Zu der neuen EU-Biodiversitätsstrategie sollen Schlussfolgerungen, also politische Leitlinien des Rates, verabschiedet werden. Die Bundesregierung verweist in diesem Kontext explizit auf den Zusammenhang zwischen dem Verlust der Biodiversität und menschlicher Gesundheit.

Ein zentraler Punkt der deutschen Ratspräsidentschaft werden die Verhandlungen über den **Mehrjährigen Finanzrahmen (MFF)** der EU sein. Das Budget der EU ist ein entscheidendes Instrument, um die Agenda 2030 in die europäische Politik zu integrieren. Um die negativen Auswirkungen der Corona-Krise zu überwinden, wurde von der Europäischen Kommission vorgeschlagen, den MFF für den nächsten Zeitraum 2021–2027 deutlich auszuweiten.

Das von der EU-Kommission vorgeschlagene „Next Generation EU“ Paket soll 750 Milliarden € stark sein und nicht nur der Wirtschaft, sondern auch der Digitalisierung und der ökologischen Transformation zu Gute kommen, insbesondere der Umsetzung des europäischen Grünen Deals. Next Generation EU soll über die Emission von Anleihen finanziert werden, für die die EU-Mitgliedsstaaten gemeinschaftlich garantieren- in dieser Größenordnung ein Novum für die EU.<sup>5</sup>

Deutschland ist der größte Nettozahler in der EU und wird seine Beiträge aufgrund Großbritanniens Austritts aus der EU erhöhen müssen. Umso bemerkenswerter ist es, dass die Bundesregierung im Mai 2020 mit der gemeinsamen Initiative von Merkel und Macron, den Wiederaufbau nach der Coronakrise u.a. mit 500 Milliarden Euro Schulden auf EU-Ebene zu finanzieren, erstmals mit einer jahrzehntelangen Praxis brach und damit das Fundament für das „Next Generation EU“-Paket legte. Denn in der Vergangenheit hat sich die Bundesregierung grundsätzlich gegen höhere Nettobeiträge und eigene Mittel der EU gestellt. Die Mitgliedsstaaten haften gemeinschaftlich für die Schulden und sie erhöhen das Potential für Finanztransfers zwischen den EU-Mitgliedsstaaten, was einen eindeutigen Schritt in Richtung mehr Solidarität darstellt. Es wird für die deutsche Ratspräsidentschaft allerdings wichtig werden, auch die selbst ernannten „Sparsamen Vier“ (Österreich, Dänemark,

2 <https://www.bundeskanzlerin.de/bkin-de/aktuelles/regierungserklaerung-von-bundeskanzlerin-merkel-1762594>

3 Absatz IV. <https://www.eu2020.de/blob/2354328/2c2c22db16d6bc2b6336867455b56bbb/pdf-trioprogramme-de-data.pdf>

4 <https://www.eu2020.de/blob/2354328/2c2c22db16d6bc2b6336867455b56bbb/pdf-trioprogramme-de-data.pdf>

5 [https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_20\\_940](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_940)

Niederlande und Schweden) von dieser Initiative zu überzeugen, die ihr bislang noch sehr kritisch gegenüber stehen.

Hinsichtlich der Verantwortung in **globalen Lieferketten** machen weder das Achtzehnmonatsprogramm noch das deutsche Präsidentschaftsprogramm Vorschläge für wirksame Initiativen. Stattdessen wird ein Europäischer Aktionsplan vorgeschlagen, der jedoch ohne die Festlegung rechtsverbindlicher Maßnahmen zu vage bliebe. Allerdings kritisierte Entwicklungsminister Gerd Müller im

Juni 2020 einmal mehr die die Menschenrechtsverletzungen in den globalen Lieferketten und kündigte an:

*„Deswegen machen wir den Kampf gegen Kinderarbeit und sexuelle Ausbeutung zum Schwerpunkt der deutschen Ratspräsidentschaft. Konkret werden wir unter anderem die Grundlagen für ein europäisches Lieferkettengesetz schaffen. Alle großen Unternehmen wären dann verpflichtet, dort wo unsere Schuhe, Kleidung, Kaffee produziert werden, faire Löhne zu bezahlen und Kinderarbeit zu beenden.“<sup>6</sup>*

## Der Ministerrat der Europäischen Union<sup>7</sup>

Im Rat der Europäischen Union sind die Regierungen der Mitgliedsstaaten vertreten.

Der Rat der Europäischen Union wird gemeinsam mit dem Europäischen Parlament als Gesetzgeber tätig. Zu seinen Aufgaben gehört die Festlegung der Politik und die Koordinierung dieser nach Maßgabe der Verträge (Art. 16 I EUV). Er spielt bei der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der Koordinierung der Wirtschaftspolitik eine zentrale Rolle.

Je nach Themenbereich tagt der Rat der EU in unterschiedlicher Zusammensetzung. Die Umweltminister etwa bilden den „Rat für Umwelt“. Insgesamt gibt es zehn verschiedene Zusammensetzungen des Rates, trotzdem stellt der Rat ein einziges Organ dar.

## Der Vorsitz im Rat der EU<sup>8</sup>

Der Vorsitz bzw. die Präsidentschaft im Rat der EU ist dafür verantwortlich, die Beratungen des Rates über EU-Rechtsvorschriften voranzubringen und für die Kontinuität der Agenda der EU, den ordnungsgemäßen Verlauf der Gesetzgebungsverfahren und die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten zu sorgen. Dabei muss er als ehrlicher und neutraler Vermittler auftreten.

Der Vorsitz hat im Wesentlichen zwei Aufgaben:

1. Planung und Leitung der Tagungen des Rates und seiner Vorbereitungsgremien
2. Vertretung des Rates gegenüber den anderen EU-Organen

Außerdem vertritt die Präsidentschaft die Europäische Union auf internationaler Ebene.

## Herausforderungen für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft

Mit ihren bisherigen Ankündigungen setzt die Bundesregierung einige wichtige Schwerpunkte im Bereich nachhaltiger Entwicklung. Schon jetzt steht jedoch fest, dass die Umsetzung keine leichte sein wird. Schon ohne die erschwerten Bedingungen durch die Corona-Pandemie bestehen oft mas-

sive Kontroversen zwischen den Mitgliedsstaaten. Diese verhinderten bisher häufig Verbesserungen im Bereich der nachhaltigen Entwicklung und der Verwirklichung der Agenda 2030.

Der am 22. Juni 2020 von Eurostat veröffentlichte SDG Monitoring-Bericht macht dies auf schmerzliche Weise deutlich.<sup>9</sup> Er zeigt auf, dass in fast allen Bereichen der Nachhaltigkeit Aufholbedarf besteht

6 [https://www.bmz.de/de/presse/aktuelleMeldungen/2020/juni/200612\\_Entwicklungsminister-macht-Rechte-der-Kinder-in-der-Welt-zu-einem-Schwerpunkt-der-deutschen-Ratspraesidentschaft/index.html](https://www.bmz.de/de/presse/aktuelleMeldungen/2020/juni/200612_Entwicklungsminister-macht-Rechte-der-Kinder-in-der-Welt-zu-einem-Schwerpunkt-der-deutschen-Ratspraesidentschaft/index.html)

7 <https://www.europarl.europa.eu/germany/de/europ%C3%A4isches-parlament/rat-der-eu>

8 <https://www.consilium.europa.eu/de/council-eu/presidency-council-eu/>

9 <https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/sdi>

– besonders im Bereich des Klimaschutzes (SD 13). Die EU kann bei den Zielen zur ökologischen Nachhaltigkeit kaum nennenswerte oder gar keine Fortschritte vermelden. Bei genauerer Betrachtung wird außerdem deutlich, dass die EU den Auswirkungen ihrer Politik auf Drittländer zu wenig Beachtung schenkt. Das European Environmental Bureau urteilt:

*„One way in which the Eurostat report makes the EU appear more sustainable than reality is by using measures that ignore Europe’s impact on the rest of the world.“<sup>10</sup>*

Die selektive Fortschrittsmessung lässt den Trugschluss zu, die EU könne weiterhin auf dieselbe Art und Weise wie bisher wirtschaften. In der gegenwärtigen Krisensituation besteht zweifellos enormer Druck, der wirtschaftlichen Erholung höchste Priorität einzuräumen. Doch um was für eine Art von wirtschaftlicher Erholung wird es sich handeln?

Derzeit geht die Bundesregierung davon aus, dass das volle Programm für den europäischen Grünen Deal voraussichtlich erst 2021 vorliegen wird.<sup>11</sup> Schon bei seiner Ankündigung wurde der Plan allerdings dafür kritisiert, dass er für die Krisenbewältigung unzureichend sei. Ohne rechtlich bindende Maßnahmen wird es beispielsweise nach Ansicht vieler Umweltexpert\*innen nicht möglich sein, bis 2050 die Klimaneutralität zu erreichen. Außerdem muss die Finanzierung der Maßnahmen des Grünen Deals dauerhaft gesichert werden.<sup>12</sup>

Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist es wahrscheinlich, dass Deutschland in bestimmten Themenbereichen nur eine allgemeine Grundlage schaffen kann, auf der die folgenden Präsidentschaften aufbauen müssen. Umso wichtiger ist es daher, jetzt die richtigen Akzente zu setzen und eine systematische Verankerung der SDGs innerhalb des Aktionsplans zu erreichen.

Erschwerend kommt hinzu, dass der Rat der Europäischen Union als besonders intransparente EU Institution gilt. Lobbyist\*innen nutzen immer wieder ihren Einfluss, um sich innerhalb des Rats, bei Minister\*innen und Beamt\*innen der Mitgliedsstaaten günstige Ergebnisse zu sichern. Deshalb äußern Organisationen der Zivilgesellschaft die

Befürchtung, dass die Bundesregierung, wie es in der Vergangenheit oftmals der Fall war, zu sehr im Interesse von privatwirtschaftlichen Akteuren und insbesondere Großkonzernen, handeln werde.<sup>13</sup>

Um eine nachhaltige Entwicklung innerhalb der EU zu fördern, fordern viele Umwelt- und Entwicklungsorganisationen, dass große CO<sub>2</sub>-Emitenten wie die Automobil-, Chemie- und Erdgasindustrie nicht ohne Bedingungen im Bereich Umwelt- und Klimaschutz mit staatlichen Beihilfen unterstützt werden dürfen. Im Sinne der Agenda 2030 sollten Nachhaltigkeitsaspekte systematisch in den Mehrjährigen Finanzrahmen aufgenommen und umweltschädliche Agrarsubventionen beendet werden. Im Bereich der Fischerei sollten die Fangquoten endlich auf ein nachhaltiges Maß reduziert werden. So wurde die Gesamtfangmenge für 2020 durch die Europäische Kommission laut Meeresschutzorganisationen um etwa 26 Prozent zu hoch angesetzt.<sup>14</sup>

Gleichzeitig bietet das derzeitige Trio-Programm wenig, um Drittländer außerhalb Europas bei der Verwirklichung der SDGs zu unterstützen. Der außenpolitische Teil des Programms wird von sicherheitspolitischen Aspekten und Förderung von Wirtschaftskooperationen dominiert. Das neue Instrument für die Entwicklungsfinanzierung (NDICI) soll dazu dienen, so das Trio-Programm, „unsere Interessen und Werte zu fördern und unsere Zusammenarbeit besser auf die außenpolitischen Prioritäten der EU abzustimmen.“<sup>15</sup> Ein expliziter Bezug auf die Finanzierung der Agenda 2030 wäre wünschenswert gewesen.

Auch die Unterstützung des Globalen Südens bei der Bewältigung der Coronakrise ist unter deutscher EU-Präsidentschaft noch ausbaufähig. Zwar hat die EU das “Team Europe” Programm verkündet, welches insgesamt 36 Milliarden Euro für Länder des Globalen Südens vorsieht, doch handelt es sich hierbei größtenteils um die Umetikettierung bereits bestehender Mittel. Damit die Finanzierung der Agenda 2030 und die Bewältigung der Coronakrise nicht in Konkurrenz zueinander stehen, braucht es nach dem Vorbild des „Next Generation EU“-Pakets auch für die Unterstützung von Drittländern zusätzliche Mittel.

<sup>10</sup> <https://meta.eeb.org/2020/06/24/europes-sustainability-statistics-fail-to-measure-up-to-reality/>

<sup>11</sup> <https://www.bundestag.de/presse/hib/702712-702712>

<sup>12</sup> <https://www.infosperber.ch/Politik/EU-Green-Deal-auf-tonnen-fussen>

<sup>13</sup> <https://www.lobbycontrol.de/2020/06/studie-zeigt-akute-lobbygefahr-fuer-deutsche-eu-ratspraesidentschaft/>

<sup>14</sup> [https://seas-at-risk.org/images/pdf/publications/EC\\_Comparison\\_2015-2020.pdf](https://seas-at-risk.org/images/pdf/publications/EC_Comparison_2015-2020.pdf)

<sup>15</sup> <https://www.eu2020.de/blob/2354328/2c2c22db16d6bc2b6336867455b56bbb/pdf-trioprogramme-de-data.pdf>, S. 23.

Anstatt sich nur mit allgemeinen Absichtserklärungen auf die Agenda 2030 zu beziehen, müssen die SDGs und die Wege zu ihrer Umsetzung innerhalb und außerhalb der EU ausdrücklich auf der Tagesordnung der EU stehen. Dafür ist es besonders

wichtig, dass sich die Bundesregierung im Rahmen ihrer Ratspräsidentschaft für eine verbesserte strukturelle Kohäsion zwischen den Mitgliedsstaaten und eine stärkere Solidarität gegenüber den Länder des Globalen Südens engagiert.

## Gipfel und Ministertreffen

Insgesamt sind im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft bislang 51 Gipfel- und Ministertreffen geplant. Der vollständige Sitzungskalender ist auf der Website des Rats der Europäischen Union abrufbar.<sup>16</sup>

Die folgende Übersicht zeigt einen Ausschnitt des Kalenders:

Datum	Rat
09. Juli	Euro-Gruppe
10. Juli	Wirtschaft und Finanzen
13. Juli	Auswärtige Angelegenheiten
15. Juli	Allgemeine Angelegenheiten
17.-18. Juli	Sondertagung des Europäischen Rates
20. Juli	Landwirtschaft und Fischerei
24. Juli	Wirtschaft und Finanzen – Haushalt
21.-22. September	Landwirtschaft und Fischerei
22. September	Allgemeine Angelegenheiten
24. September	Auswärtige Angelegenheiten
24. September	Wettbewerbsfähigkeit – Binnenmarkt und Industrie
25. September	Wettbewerbsfähigkeit – Forschung und Innovation
28. September	Verkehr, Telekommunikation und Energie - Verkehr
30. September – 01. Oktober	Informelle Tagung der Ministerinnen und Minister für Umwelt
05.-06. Oktober	Informelle Tagung der Ministerinnen und Minister für Energie
06. Oktober	Wirtschaft und Finanzen
08.-09. Oktober	Justiz und Inneres
12. Oktober	Auswärtige Angelegenheiten
13. Oktober	Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz
13. Oktober	Allgemeine Angelegenheiten
14. Oktober	Dreigliedriger Sozialgipfel
15.-16. Oktober	Europäischer Rat
19.-20. Oktober	Landwirtschaft und Fischerei
23. Oktober	Umwelt
28.-30. Oktober	Gipfeltreffen EU-Afrikanische Union

<sup>16</sup> <https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/calendar/>

## Weitere Informationen

**Rat der Europäischen Union:** Der Rat der Europäischen Union.  
<https://www.consilium.europa.eu/de/council-eu/>

**Politischer Kalender der deutschen EU-Ratspräsidentschaft**  
<https://www.eu2020.de/blob/2356864/0649614e1eaa4c0decbcfed1085ba970/pdf-kalender-de-data.pdf>

**Offizielle Seite der deutschen EU-Ratspräsidentschaft**  
<https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/programm-ratspraesidentschaft-1763632>

**Achtzehnmonatsprogramm des Rates** (1. Juli 2020–31. Dezember 2021)  
<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-8086-2020-REV-1/de/pdf>

## Impressum

### Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020

Welche Priorität haben Nachhaltigkeitsagenda und SDGs?

#### Herausgeber:

Global Policy Forum Europe e.V.  
Königstraße 37a  
53115 Bonn

Tel. 0228 9650510  
europe@globalpolicy.org  
www.globalpolicy.org  
Kontakt: Jens Martens

**Autoren:** Vera Pokorny und Bodo Ellmers

**Redaktion:** Jens Martens

**Gestaltung und Druck:** www.kalinski.media

Bonn, Juli 2020

Dieses Briefing ist Teil des Projekts „**Weichenstellung 2020**“ des Global Policy Forums Europe, gefördert von der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen sowie von Engagement Global im Auftrag des BMZ.



STIFTUNG UMWELT  
UND ENTWICKLUNG  
NORDRHEIN-WESTFALEN



Bundesministerium für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung

Für den Inhalt dieser Publikation sind allein Global Policy Forum Europe e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen wieder.